



Umweltzentrum Tübingen e.V.
E-Mail: uwz@umweltzentrum-tuebingen.de
Sonja Bluhm (Geschäftsführerin)



Tübingen, 14.10.2022

Wahlprüfsteine der Umweltverbände- und Initiativen zur Tübinger OB-Wahl

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Redaktionsmitglieder,

die Umweltverbände- und Initiativen (BUND RV Neckar-Alb, Bürgerprojekt Zukunft Tübingen, LNV, ADFC, VCD, Umweltzentrum Tübingen) haben zu vier verschiedenen Themenblöcken – Wachstum und Flächenverbrauch, Natur- und Artenschutz, Energie und Klima, Mobilität – Fragen an die aussichtsreichsten Tübinger Oberbürgermeisterkandidat*innen gestellt.

Nachfolgend erhalten Sie die Kurzfassung der zusammengefassten Antworten der Kandidat*innen in tabellarischer Form. An einigen Stellen haben wir eine Anmerkung eingefügt. Die Langfassung der Antworten wird auf den jeweiligen Websites der oben genannten Umweltverbände- und Initiativen (z. B. des BUND) veröffentlicht.

Wachstum und Flächenverbrauch

Sofie Geisel	Dr. Ulrike Baumgärtner	Boris Palmer
Frage 1: Wie wollen Sie kommunale Entwicklung auf begrenzter Fläche (mit vielen konkurrierenden Ansprüchen) gestalten?		
Für Frau Geisel sollen die absehbaren Konflikte im Kontext mit den Betroffenen gelöst werden, z.B. mit Hilfe einer Altstadtentwicklungsgesellschaft, mit verstärkter regionaler Zusammenarbeit und den Erleichterungen des Baulandmobilisierungsgesetzes.	Frau Baumgärtner sieht ein Ungleichgewicht zwischen Wohnbau und der Neuansiedlung von Betrieben und Forschungseinrichtungen. Sie setzt auf regionale Kooperationen und will konsequent alle Chancen der Innenentwicklung für kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau nutzen und ausbauen.	Die für die nächsten 8 Jahre geplanten Vorhaben können für Herrn Palmer die Flächenkonkurrenz ohne tiefer gehende Konflikte bewältigen.
Frage 2: Welche Wege wollen Sie nutzen um die doppelte Innenentwicklung/Bauleitplanung zu fördern?		
Alle drei KandidatInnen gehen davon aus, dass für die Verbesserung der Frei- und Grünflächensituation bei der Innenentwicklung das Standard-Instrumentarium ausreicht.		
Frage 3: Ist Ihnen bekannt, dass seit April 2022 durch eine Verwaltungsvorschrift vorgeschrieben ist, dass Flächen der Wertstufe „Vorrangflur“ zwingend der landwirtschaftlichen Nutzung vorzubehalten sind?		
Frau Geisel differenziert zwischen Vorrangflur I, auf der Fremdnutzung ausgeschlossen werden müssen, und Vorrangflur II, auf der Fremdnutzung ausgeschlossen werden soll. Sie hält in allen Fällen durch fairen Dialog und Interessenausgleich eine Konfliktlösung für möglich.	Frau Baumgärtner ist gegen eine Bebauung des Saibens und für den Erhalt der landwirtschaftlichen Nutzung.	19% der Tübinger Fläche sind Vorrangflur I. Die zwingende Ausnahme von einer Bebauung hält Herr Palmer für sinnvoll, das steht für ihn aber nicht im Widerspruch zu einer möglichen temporären Nutzung zur Energieerzeugung.

Bewertung aus Sicht des Bürgerprojekts

Für alle drei Kandidat*innen ist die Notwendigkeit weiteren Wachstums unstrittig, es muss aber „nachhaltig“ sein, was immer sie darunter verstehen. Konflikte um knappe Ressourcen sehen sie als lösbar an, wenn auch mit unterschiedlichen Instrumenten. Immerhin akzeptieren Herr Palmer und Frau Baumgärtner im Gegensatz zu Frau Geisel Grenzen bei der Inanspruchnahme hochwertiger Flächen für die Nahrungsmittelerzeugung.

Natur- und Artenschutz

Gestellte Fragen:

Frage 1: Wie würden Sie als zukünftige*r OB das Handlungsfeld Natur- und Artenschutz angehen? Welche Fördermöglichkeiten und verbindlichen Vorgaben planen Sie (soweit diese in der Hand einer Kommune liegen)?

Frage 2: Es liegt inzwischen eine Artenschutzkonzeption vor, die Stadt wurde Mitglied bei den „Kommunen für Biologische Vielfalt“. Wie wollen Sie in Tübingen den Artenschutz aber konkret fördern? Sehen Sie die Notwendigkeit, neben den hochgradig gefährdeten – in der Artenschutzkonzeption behandelten – Arten auch eine allgemeine Stärkung des Naturhaushalts im Innen- und Außenbereich zu unterstützen? Wie stehen Sie zu der immer wieder formulierten Idee eines „Masterplans Biodiversität“?

Frage 3: Sind zusätzliche Personal- und andere Mittel in der Verwaltung [und] bei den KST vorgesehen, mit denen die immens gewachsenen Anforderungen und die vielfältigen Aufgaben tatsächlich aufgefangen und bearbeitet werden können?

Frage 4: Wie möchten Sie die Kommunikation mit dem ehrenamtlichen und beruflichen Naturschutz gestalten?

Bereiche	Sofie Geisel	Dr. Ulrike Baumgärtner	Boris Palmer
Artenschutz, Artenschutzkonzeption	Artenschutz und die Förderung von Biodiversität standen lange im Schatten des Klimaschutzes. Kommunen müssen mehr für den Artenschutz tun.	Arten- und Klimaschutz zwei Seiten einer Medaille. Umsetzung der Artenschutzkonzeption	Umsetzung der Artenschutzkonzeption. Verstetigung der bestehenden Förderprogramme zum Artenschutz. [Anmerkung der Fragesteller*innen: Verwechslung der erstellten „Artenschutzkonzeption“ mit dem „Zielartenkonzept“.] Licht nach Bedarf.
Biodiversität, Masterplan Biodiversität	Kommunen müssen Anreize für mehr Biodiversität schaffen. Im Stadtwald fördern. Vorbildfunktion der Stadtverwaltung, auch bei allen Neubau- und Sanierungsprojekten mitdenken. Naturschutz mit Regionalkonferenz bearbeiten.	Der Idee eines „Masterplans Biodiversität“ steht sie sehr positiv gegenüber. Dafür auch ambitioniertere Ziele für die bio-regionale Versorgung.	Keine neuen Pläne erstellen.
Stadtgrün	Stadtgrün erweitern, 1000-Bäume-Programm. Kampagne für Gartenbesitzer „Tübingen blüht auf“. Baumschutzsatzung. Fassadenbegrünung.	Begrünung, an Bedürfnissen der Fauna und des Klimaschutzes orientiert, essbare Stadt, Fassadenbegrünung, ökologische Aufwertung der Grünflächen.	Ökologische Aufwertung der städtischen Grünflächen, qualifizierte Grünräume. Entsiegelung, Bepflanzung und Begrünung größerer Flächen. 1000-Bäume-Programm.

Außenbereich		Schutz der Streuobstbestände. Infotafeln. Biotopverbund. Erhöhung des Anteils ökologischer Landwirtschaft; regionale Wertschöpfungskette u.a. mit Ernährungsrat.	Schutz des Außenbereichs vor Bebauung. Kooperation mit der Landwirtschaft, wechselnde Blühstreifen möglichst in der ganzen Flur und Ausweitung des Biolandbaus. Grünbrücke über die B296 im Ammertal.
Wald	Waldnutzung umstellen: u.a. 10% aus der regelmäßigen Nutzung nehmen (Alt- und Totholzkonzept und die Ausweisung von Waldrefugien und -schutzgebieten), soll „auf der Grundlage aktueller Waldwissenschaft nachhaltig und pfleglich bewirtschaftet werden“ [Anmerkung der Fragesteller*innen: wie war es denn bisher?].	Waldnutzung umstellen evtl. ähnlich Lübecker Modell, 10% bleiben unberührt, weitere 5% aus der Bewirtschaftung genommen, aber für Freizeitnutzung nutzbar zu machen.	10% des Stadtwaldes für Naturschutzzwecke. Aber: Aufforstung von Leitungstrassen im Wald [Anmerkung der Fragesteller*innen: hier ist offenbar auch die Trasse auf der Sonnhalde gemeint, die seit 30 Jahren aus Artenschutzgründen aufwändig offengehalten wird. Auch technisch problematisch, weil die Trassen zugänglich gehalten werden müssen.]
Verwaltung, Personal KST	Es mangelt an einer klaren Struktur in der Stadtverwaltung in Sachen Grünflächen, Biodiversität, Natur- und Artenschutz, die folglich auch nicht schlagkräftig genug ist. Zusätzlich notwendige Stellen gerade bei der KST möglich.	Zusätzlichen Personalstellen bei den Kommunalen Servicebetrieben (KST) steht sie sehr positiv gegenüber.	Bündelung der Kompetenzen in der Stadtverwaltung. Bisher sind Personalmittel nicht vorgesehen. Aus meiner Sicht wird dort die Priorität auf Erhaltung der Stadtbäume im Hitzestress liegen müssen. Angesichts einer heraufziehenden Rezession sind Finanzversprechungen an dieser Stelle im Moment nicht seriös.
Kommunikation	Kommunikation. Patenschaftsmodelle. Mit mehr als 100 Kommunen in Deutschland vernetzen [Anmerkung der Fragesteller*innen: die wohl gemeinten „Kommunen für Biologische Vielfalt“ haben inzwischen fast 350 Mitglieder.].	Kooperation der Stadt mit den Naturschutzverbänden und dem Landratsamt, regelmäßiger Austausch der ehrenamtlichen und beruflichen Natur- und Umweltschutzverbänden.	Bestehende Formate incl. jährlichen Besprechungen mit dem OB fortsetzen [Anmerkung der Fragesteller*innen: fand in den vergangenen 16 Jahren nicht regelmäßig statt.].
Wind, PV	Ausbau der Windkraft. PV in der Landwirtschaft.	Ausbau der Windkraft: Abwägung, genossenschaftlich. Freiflächen-PV in Abstimmung mit Naturschutzverbänden und Landwirtschaft.	10 Windräder. Mindestens temporär notwendige Nutzung von Flächen im Außenbereich zur Energieerzeugung.

Energie und Klima

Sofie Geisel	Dr. Ulrike Baumgärtner	Boris Palmer
Frage 1: Wie würden Sie als zukünftige*r OB das Handlungsfeld Energiesparen angehen? Welche Fördermöglichkeiten und verbindlichen Vorgaben planen Sie (soweit diese in der Hand einer Kommune liegen)?		
Frau Geisel will die Förderung und Beratung zum Energiesparen durch Expert*innen und Ehrenamtliche ausbauen. Verbindliche Vorgaben findet sie vor allem im Baurecht sinnvoll, diese dürften allerdings nicht zu streng sein, damit Baukosten nicht zu teuer würden.	Als Sofortmaßnahme will Frau Baumgärtner Energiesparmaßnahmen in der Verwaltung vorschreiben (Heiztemperatur auf 19 Grad, kaltes Wasser, ...). Mit Hilfe eines kommunalen Klima-Innovationsfonds möchte sie z. B. gemeinsame Abwärmenutzung oder Energiespeicherung kofinanzieren.	Durch die aktuelle Preisentwicklung im Energiesektor geht Herr Palmer davon aus, dass verbindlichen Vorgaben zum Energiesparen nicht mehr notwendig sind.
Frage 2: Wie wollen Sie in Tübingen den Ausbau von PV- und Solarthermieanlagen auf bestehenden, versiegelten Flächen (Dächer, Parkplätze, ...) voranbringen? Welche Fördermöglichkeiten und verbindliche Vorgaben planen Sie (soweit diese in der Hand einer Kommune liegen)?		
Neben dem Ausbau der PV-Anlagen auf Dächern des Landes und der Kirche plant Frau Geisel eine kommunale Unterstützung und Beratung bei der privaten Dach- und Balkon-PV-Installation. Weiterhin sollen andere Flächen, wie z. B. Parkplätze mit PV-Anlagen ausgestattet werden – ohne Angaben zu Maßnahmen.	Frau Baumgärtner nennt konkrete Maßnahmen um den PV-Ausbau auf Dächern zu beschleunigen: Beispielsweise die Anpassung der Altstadt- und Ortsbildsatzungen. Sie möchte außerdem die Verordnung des Landes zum Bau von PV-Anlagen auf neuen Parkflächen (ab 35 Plätzen) auch auf bestehende Parkplätze anwenden.	Die Förderung von privaten PV-Anlagen auf Dächern erachtet Herr Palmer als nicht mehr sinnvoll, da die Nachfrage für PV aufgrund der Preissteigerung im Energiesektor stark angestiegen ist. Verbindlichen Vorgaben sollten auf Bestandsgebäude ausgeweitet werden – Tübingen könnte hier laut Herr Palmer landesweit Modellkommune werden.
Frage 3: Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie zur Klimaanpassung im Stadtgebiet (hier) und auf der Gemarkung ergreifen? Stichworte: Schwammstadt, mit Baumrigolen und Zisternenstadt, klimawirksame Grünflächen sowie Begrünung, Trinkwasserbrunnen für Passant*innen. Welche Fördermöglichkeiten und verbindlichen Vorgaben planen Sie?		
Frau Geisel will einen Hitzeaktionsplan ins Leben rufen, führt diesen jedoch nicht detailliert aus. Außerdem will sie sich vor allem auf Hitzeresilienz fokussieren und dabei verschiedene Maßnahmen (u.a. mehr Stadtgrün, Trinkbrunnen) umsetzen.	Frau Baumgärtner schildert konkrete Maßnahmen (ökologische Aufwertung von Grünflächen, mehr Versickerungsmöglichkeiten), die sie mithilfe des Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ finanzieren möchte. Sie plant außerdem das bestehende Kaltluftgutachten stärker zu berücksichtigen.	Herr Palmer findet, dass Klimaanpassungsmaßnahmen den Fokus falsch setze - Klimaschutz sei die vorrangige Aufgabe. Man könne höchstens den Druck auf Mensch und Natur beispielsweise durch Entsiegelung größerer Flächen sowie Begrünung lindern.

Mobilität

Sofie Geisel	Dr. Ulrike Baumgärtner	Boris Palmer
<p>Frage 1: Wie wollen Sie die Verkehrsflächen in Tübingen inklusive seiner Teilorte verteilen, um den Verkehr aus Umweltsicht und dem Ziel einer lebenswerteren Stadt effizienter zu gestalten? Wie sieht das konkret für die Innenstadt aus?</p>		
<p>Frau Geisel möchte die Stärkung des Fußverkehrs und möchte eine deutlicher erkennbarere Aufteilung der Verkehrsflächen. Zur konkreten Verteilung äußert Sie sich nicht.</p>	<p>Frau Baumgärtner äußert sich zu diesem Punkt nicht konkret.</p>	<p>Herr Palmer möchte Flächengerechtigkeit und betont, dass namentlich dem Radverkehr seit Jahrzehnten wenig Raum gegeben wird, obwohl dessen Bedeutung kontinuierlich ansteigt.</p>
<p>Frage 2: Wollen Sie zusätzliche Verkehrsflächen schaffen? Falls ja, zu Lasten welcher bisherig anders genutzten Flächen?</p>		
<p>Frau Geisel möchte den Saiben bebauen und sieht entsprechend Bedarf zusätzlicher Verkehrsflächen zu dessen Erschließung. Sie möchte prüfen, ob nicht mehr benutzte Parkplätze renaturiert werden können. [Anmerkung der Fragensteller*innen: Nach Einschätzung von ADFC und VCD scheidet dies daran, dass viele Parkflächen bereits für die Schaffung von Rad- und Fußverkehrsflächen benötigt werden.]</p>	<p>Frau Baumgärtner äußert sich zu diesem Punkt nicht konkret.</p>	<p>Herr Palmer möchte die Verkehrsflächen speziell zu Lasten bestehender Parkflächen eher reduzieren.</p>
<p>Frage 3: Von und nach Tübingen pendeln jeden Tag über 40 000 Menschen. Wie wollen sie damit umgehen? Möchten Sie Verkehrs- und städtebauliche Maßnahmen ergreifen, um diese großen Pendlerströmen zu managen? Haben Sie alternative Vorschläge?</p>		
<p>Frau Geisel und Frau Baumgärtner möchten von einem zufällig zusammengesetzten Bürgerrat einen Vorschlag für ein Mobilitätskonzept erarbeiten lassen. Dieser soll technologie- und ergebnisoffen neue Ideen zu entwickeln, wie CO2-neutral eingependelt werden kann. Frau Geisel setzt zusätzlich auf die Schaffung neuen Wohnraums (Erschließung des Saiben), um das Pendeln zu reduzieren. Sie möchte den Schnellbustrecken Zeit geben, mögliche Erfolge zu zeigen. Sie hält das Auto jedoch für die meisten für nicht verzichtbar. Sie möchte herausfinden, wie Menschen zum Umstieg (auf andere Verkehrsmittel) bewegt werden können, ohne dies als Einschränkung zu erleben. Bereits vorgenommene Untersuchungen zu diesem Thema werden nicht erwähnt. Ähnlich wie Frau Baumgärtner möchte sie Mobilitäts-Hubs, die den einfachen Umstieg zwischen den Verkehrsmitteln Bahn, Bus, Rufbus, Fahrrad und Carsharing-Pkw ermöglichen. Diese sollen an zentralen Bus- und den Regionalstadtbahnhaltestellen entstehen.</p>	<p>Frau Geisel und Frau Baumgärtner möchten von einem zufällig zusammengesetzten Bürgerrat einen Vorschlag für ein Mobilitätskonzept erarbeiten lassen. Dieser soll technologie- und ergebnisoffen neue Ideen zu entwickeln, wie CO2-neutral eingependelt werden kann. Frau Baumgärtner möchte wie Frau Geisel die Umsteigemöglichkeiten zwischen den verschiedenen Verkehrsarten, speziell an den drei Haltestellen Westbahnhof, Europaplatz und Lustnau verbessern. [Anmerkung Fragensteller*innen: Wie hier die Flächen für die Parkmöglichkeiten für Pkw entstehen sollen (wo genau, wie groß, mit welchen Kosten), erläutert sie genauso wenig wie Frau Geisel.]</p>	<p>Herr Palmer setzt auf eine alternative Streckenführung der Regionalstadtbahn im Stadtgebiet, die aus seiner Sicht die beste Lösung für das Mobilitätsproblem wäre.</p>